



Dies ist eine Leseprobe des Tropen Verlags. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter www.tropen.de

Wie können wir ein Wirtschaftssystem akzeptieren, das die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht? Wie können wir ein politisches System akzeptieren, das es den Superreichen erlaubt, Wahlen und Politiker zu kaufen? Wie können wir ein Energiesystem akzeptieren, von dem die Konzerne profitieren, die die Klimakrise verursachen? Laut Bernie Sanders haben wir Grund genug, wütend auf den Kapitalismus zu sein. Mehr noch: Unsere Wut ist der erste Schritt in eine neue Zukunft. Wir müssen anerkennen, dass wirtschaftliche Rechte Menschenrechte sind, und eine Gesellschaft schaffen, die einen angemessenen Lebensstandard für alle bietet. Denn wie schon Franklin D. Roosevelt sagte: »Echte individuelle Freiheit kann es ohne wirtschaftliche Absicherung und Unabhängigkeit nicht geben.«

BERNARD »BERNIE« SANDERS, geboren 1941 in New York City, ist US-amerikanischer Politiker und vertritt seit 2007 den Bundesstaat Vermont im Senat. Er bewarb sich zweimal um das höchste politische Amt der USA. Vor seiner politischen Laufbahn arbeitete er u. a. als Dokumentarfilmer, Zimmermann und in verschiedenen sozialen Einrichtungen.

JOHN NICHOLS, Journalist und National Affairs Correspondent bei *The Nation*, hat an diesem Buch mitgewirkt.

BERNIE SANDERS

MIT JOHN NICHOLS

ES IST OKAY, WÜTEND AUF DEN KAPITALISMUS ZU SEIN

AUS DEM AMERIKANISCHEN VON
RICHARD BARTH, ENRICO HEINEMANN
UND MICHAEL SCHICKENBERG

TROPEN SACHBUCH



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/12325-2412-1002



Tropen

www.tropen.de

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH

Rotebühlstr. 77, 70178 Stuttgart

Fragen zur Produktsicherheit: produktsicherheit@klett-cotta.de

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel »It's OK To Be Angry About Capitalism« im Verlag Crown, New York

© 2023 by Bernie Sanders

All rights reserved including the right of reproduction in whole or in part in any form

This edition published by arrangement with Crown, an imprint of Random House, a division of Penguin Random House LLC

Für die deutsche Ausgabe

© 2023, 2025 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle deutschsprachigen Rechte sowie die Nutzung des Werkes für Text und Data Mining i. S. v. § 44 b UrhG vorbehalten

Cover: © Zero-Media.net, München

unter Verwendung der Daten des Originalverlags; Foto: © Stephen Voss

Gesetzt von C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Gedruckt und gebunden von Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

ISBN 978-3-608-50279-4

E-Book ISBN 978-3-608-12193-3

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der

Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten

sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

*Dieses Buch ist Jane O'Meara Sanders gewidmet, die mir seit mehr als vierzig Jahren als Ehefrau, Kollegin und beste Freundin zur Seite steht. Danken möchte ich auch meinem Bruder Larry, der mir in jungen Jahren neue Welten eröffnet hat und bis heute ein Mentor ist. Außerdem ist das Buch meinen wunderbaren Kindern Levi, Heather, Carina und Dave sowie meinen Enkel*innen Sunnee, Cole, Ryleigh, Grayson, Ella, Tess und Dylan gewidmet. Ich bin zuversichtlich, dass sie und ihre Generationen mithelfen werden, eine bessere Welt zu erschaffen.*

INHALT

Einleitung	Der Kapitalismus ist das Problem	9
1	Not Me, Us	27
	<i>Die Kampagne von 2020 und der Kampf für grundlegende Reformen</i>	
2	Kampfansage an Trump	59
	<i>Der Kampf unserer progressiven Bewegung gegen den gefährlichsten Präsidenten in der Geschichte Amerikas</i>	
3	Der Kampf für ein besseres Wiederaufbauprogramm	99
	<i>Warum fällt es den Demokraten so schwer, ihr Versprechen eines grundlegenden Wandels zu erfüllen?</i>	
4	Milliardär*innen sollte es nicht geben	145
	<i>Erst wenn wir die amerikanische Oligarchie beenden, können wir anfangen, Amerikas Versprechen zu verwirklichen</i>	
5	Schluss mit der Gier im Gesundheitssystem	181
	<i>Gesundheitsfürsorge ist ein Menschenrecht, kein Privileg</i>	
6	Which side are you on?	225
	<i>An der Seite der Arbeiterklasse in Zeiten tödlicher Ungleichheit</i>	

7	Der Kampf um unsere wirtschaftliche Zukunft	279
	<i>Beschäftigte, nicht CEOs, müssen die Zukunft der Arbeit in Amerika bestimmen</i>	
8	Menschen bilden, damit sie Bürger*innen werden, nicht Roboter	311
	<i>Wir müssen Kindern das Denken beibringen und nicht, wie sie als Rädchen im Getriebe funktionieren</i>	
9	Medienkonzerne untergraben die Demokratie	339
	<i>Für politische Reformen brauchen wir Alternativen zum kommerziellen Mediensystem, das den öffentlichen Diskurs Amerikas banalisiert und schwächt</i>	
10	Wir sind im Klassenkampf. Schlagen wir zurück!	379
	<i>Wir müssen dem Kapitalismus endlich die Stirn bieten und grundlegenden Wandel in einem korrupten und manipulierten System einfordern</i>	
	Danksagung	431

DER KAPITALISMUS IST DAS PROBLEM

Je älter man wird, heißt es immer, desto konservativer wird man. Bei mir ist es umgekehrt: Je älter ich werde, desto wütender werde ich auf das hyperkapitalistische System, in dem wir leben, und desto mehr sehne ich mich nach tiefgreifenden Veränderungen in diesem Land.

Manche Leute halten es für »unamerikanisch«, unbequeme Fragen darüber zu stellen, wie es um unser Land steht und wohin es sich entwickelt. Ich nicht. Meiner Meinung nach gibt es nichts Amerikanischeres, als ein System, das uns im Stich gelassen hat, zu hinterfragen und die nötigen Veränderungen einzufordern, um die Gesellschaft aufzubauen, die wir und zukünftige Generationen verdienen.

Die schlichte Wahrheit lautet doch: Das hyperkapitalistische Wirtschaftssystem, das sich in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren etabliert hat, ein Wirtschaftssystem, das von unbändiger Gier und Verachtung für alle Regeln des Anstands angetrieben wird, ist nicht nur ungerecht. Es ist zutiefst unmoralisch.

Dieser Unmoral müssen wir entgegentreten. Mutig, unverblümt, entschlossen. Erst dann können wir uns daranmachen, das abgekartete Spiel, bei dem die große Mehrheit der Amerikaner*innen auf der Verliererseite steht, zu beenden und ein System, das Millionen Leben zerstört, von Grund auf umzugestalten.

Dieser Realität die Stirn zu bieten und genügend Leute zu mobilisieren, um einen grundlegenden Wandel einzuläuten, ist keine leichte Aufgabe. Deshalb habe ich dieses Buch geschrieben. Was wir brauchen, ist nicht nur ein Verständnis der einflussreichen Kräfte, die uns derzeit niederhalten, sondern – nicht weniger wichtig – eine Vision davon, wo wir hinwollen.

Im reichsten Land der Weltgeschichte können wir, davon bin ich fest überzeugt, dank des technischen Fortschritts, der die Arbeitsproduktivität stark steigern wird, der Sparpolitik ein Ende setzen und den Menschheitstraum eines anständigen Lebensstandards für alle wahr werden lassen. Wir können in diesem Jahrhundert der Ellbogenwirtschaft ein Ende bereiten, in der die allermeisten sich gerade so über Wasser halten, während eine Handvoll Milliardär*innen über mehr Vermögen verfügt, als sie in eintausend Lebensspannen ausgeben könnte.

Amerika gehört den Oligarchen

Um es deutlich zu sagen: Während die Mittelschicht kontinuierlich an Boden verliert, funktioniert unser derzeitiges System für diejenigen, die es gekauft haben, ganz hervorragend. Diese Oligarchen verfügen über außerordentlichen Reichtum. Und über außerordentliche Macht. Tatsächlich ging es den obersten 1 Prozent nie besser. Die Glücklichen, die dazugehören, haben überall auf der Welt ihre Villen, ihre Privatinseln, ihre teure Kunst, ihre Yachten, ihre Privatjets. Einige von ihnen besitzen Raumschiffe, die sie eines Tages vielleicht zum Mars bringen. Die Oligarchen sind zufrieden damit, wie es im Moment läuft, und sie werden alles in ihrer

Macht Stehende tun, um ihre Besitzstände zu verteidigen und den Status quo aufrechtzuerhalten.

Ja, wir leben in einer »Demokratie« – aber sie haben sich diese Demokratie einverleibt. Sie geben Milliarden Dollar für Wahlkampfspenden an beide großen Parteien aus, und haben dadurch die Politiker*innen de facto in der Hand. Sie geben weitere Milliarden für Lobbyfirmen aus, um Regierungsentscheidungen auf allen politischen Ebenen zu beeinflussen. Deshalb haben wir in den letzten Jahren ein ums andere Mal erlebt, wie die Superreichen von politischen Entscheidungen profitieren – auf Kosten von allen anderen.

Ja, wir haben Redefreiheit und eine »freie Presse«. Doch zu einem erheblichen Teil befinden sich die Medien im Besitz der Oligarchen. Daher stellen diejenigen, die sie bei Fernsehsendern, Radiosendern, Zeitungen und sozialen Medien beschäftigen, keine unangenehmen Fragen und bringen selten Themen zur Sprache, die die privilegierte Position ihrer Auftraggeber untergraben könnten. Deshalb findet trotz der unzähligen Fernsehsender, Radiostationen und Websites, die ihnen gehören, kaum eine öffentliche Diskussion über die Macht der Konzerne statt oder darüber, wie die Oligarchen diese Macht nutzen, um auf Kosten hart arbeitender Familien ihre Interessen durchzusetzen.

Die gute Nachricht ist, dass sich während der unermüdlichen Versuche der Oligarchen und der von ihnen kontrollierten Institutionen, den Status quo zu bewahren, allmählich Risse im System auftun. Millionen Amerikaner*innen beginnen die Gesellschaft, in der sie leben, aus einer neuen, anderen Perspektive wahrzunehmen. Sie beginnen, mutig weiterzudenken. Sie stellen unbequeme Fragen und fordern Antworten, die über das Klein-Klein der Tagespolitik und der vorherrschenden Ideologie hinausweisen. Viele finden

Antworten, indem sie sich gewerkschaftlich organisieren und sich an ihrem Arbeitsplatz für mehr Mitsprache sowie für bessere Löhne, Lohnzusatzleistungen und Arbeitsbedingungen einsetzen.

Dem wirtschaftlichen und politischen Establishment die Stirn bieten

Ich weiß, wovon ich rede, schließlich habe ich zwei der progressivsten, von einer Basisbewegung getragenen Präsidentschaftswahlkämpfe der neueren amerikanischen Geschichte geführt. Im Jahr 2016 war das politische Establishment schockiert, als ich bei den Vorwahlen der Demokraten gegen die Wunschkandidatin der Parteiführung antrat und in 22 Bundesstaaten gewann, unterstützt von mehr als 13 Millionen Wählerstimmen. Das war so nicht vorhergesehen worden. Es war nicht, was die Superreichen wollten. Es war nicht, was die Medienkonzerne wollten. Es war nicht, was die vermögenden Wahlkampfspender*innen und die sogenannten Super-PACs wollten, Lobbygruppen, die bei ihren Spenden an Kandidierende keinerlei Begrenzung unterliegen. Es war nicht, was die sogenannten Superdelegierten wollten, die automatisch »gesetzten« hochrangigen Parteivertreter*innen. Und doch passierte genau das.

Vier Jahre später, 2020, errangen wir bei den demokratischen Vorwahlen trotz des großen Kandidatenfeldes in den ersten drei Bundesstaaten die meisten Wählerstimmen. Die Folge: Das politische Establishment versammelte sich in Panik hinter Joe Biden, dem einzigen Kandidaten, der uns schlagen konnte. Die anderen Kandidierenden wurden aufgefordert, aus dem Rennen auszusteigen.

Das wichtigste Ergebnis dieser Wahlkämpfe war nicht die Liste der Bundesstaaten, die wir gewannen, indem wir die Gier und Rücksichtslosigkeit der herrschenden Klasse anprangerten, und auch nicht die Gesamtzahl der Wählerstimmen. Wichtiger war, *woher* die Stimmen stammten. Sie kamen in überwältigender Zahl von jungen Menschen unter vierzig – der Zukunft unseres Landes.

In einem Bundesstaat nach dem anderen, wie auch in landesweiten Umfragen, sicherten wir uns erdrutschartig die Unterstützung junger Amerikaner*innen. Diese Wähler*innen – Schwarze, Weiße, Latinos, asiatische Amerikaner*innen, Indigene – wussten aus eigener Erfahrung, dass Amerikas hyperkapitalistisches System nicht in ihrem Sinne funktionierte. Weder unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten – hatten sie doch einen niedrigeren Lebensstandard als ihre Eltern – noch im Hinblick auf den Umweltschutz – wurde doch der Planet infolge des Klimawandels vor ihren Augen immer gefährdeter und instabiler. Und auch nicht, was den Kampf gegen strukturellen Rassismus, Sexismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit betraf. Auf unseren Wahlkampfveranstaltungen machten Millionen junger Menschen klar: Sie wollten Veränderungen, und zwar echte.

Für diese Amerikaner*innen steht fest, dass Vorschläge, die nur an der Oberfläche kratzen, den großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht gerecht werden. Unter ihnen wächst die Erkenntnis, dass es in unserem Land tiefliegende *strukturelle* Probleme gibt und dass es nicht genügt, lediglich an Symptomen herumzudoktern. Wir müssen zu den eigentlichen Ursachen vordringen. Wir müssen die zerstörerischen Folgen des heutigen Hyperkapitalismus angehen. Wir müssen das System ändern. Umfragen zufolge

steht die Mehrheit der Amerikaner*innen dem Kapitalismus zwar nach wie vor positiv gegenüber, doch die Zustimmungswerte sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken – in einer Axios-Umfrage vom Juni 2021 lagen sie deutlich unter 60 Prozent. In der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen war der Anteil der gegenüber dem Kapitalismus negativ Eingestellten innerhalb von lediglich zwei Jahren von 38 Prozent auf 49 Prozent gestiegen. In der Generation Z – den 18- bis 24-Jährigen, die sich in der Ausbildung befinden und demnächst ins Arbeitsleben eintreten – gaben 54 Prozent eine negative Einstellung zu Protokoll.

An diesem Punkt der Geschichte besteht nicht nur die Notwendigkeit, für eine demokratischere, gerechtere und menschlichere Gesellschaft zu kämpfen. Zugleich stehen wir heute vor der Aufgabe, uns mit aller Kraft den reaktionären und neofaschistischen Kräften in diesem Land entgegenzustellen. Sie höhlen die amerikanische Demokratie aus und wollen uns auf den Pfad des Autoritarismus und der Gewalt führen, indem sie Minderheiten zu Sündenböcken machen und versuchen, uns auf der Grundlage unserer Hautfarbe, unseres Geschlechts, unserer sexuellen Orientierung oder unserer ethnischen Zugehörigkeit zu spalten.

Deshalb habe ich 2020, nachdem ich das Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur verloren hatte, gemeinsam mit der progressiven Bewegung alles in meiner Macht Stehende getan, um einen Sieg Trumps zu verhindern und Joe Biden den Weg zur Präsidentschaft zu ebnen. Biden und ich haben zwar unterschiedliche politische Ansichten, aber ich kenne ihn seit vielen Jahren und betrachte ihn als Freund und als einen anständigen Menschen.

Im Laufe jenes Wahlkampfes, der während der Coronapandemie stattfand, habe ich Dutzende per Livestream übertra-

gene Wahlkampfauftritte für Biden und Harris absolviert, die von vielen Hunderttausend Zuschauer*innen verfolgt wurden. Gleichzeitig haben wir mit verschiedenen Graswurzelorganisationen zusammengearbeitet, um mehr Menschen dazu zu bewegen, sich ins Wählerregister eintragen zu lassen, und die Wahlbeteiligung unter jungen Leuten, Gewerkschaftsmitgliedern und traditionellen Nichtwähler*innen zu erhöhen. Und es funktionierte: Einer der Gründe für den Wahlsieg Joe Bidens und das gute Abschneiden der Demokraten war 2020 die rekordhohe Wahlbeteiligung der jungen Leute und vormaligen Nichtwähler*innen. Mehr oder weniger das Gleiche geschah zur Überraschung von Expert*innen und Meinungsforscher*innen 2022, als die überwältigende Unterstützung junger Wähler*innen den Demokraten – entgegen den Prognosen – dazu verhalf, ihre Mehrheit im Senat zu verteidigen. Im Repräsentantenhaus gelang ihnen das leider nicht, sodass es nun weitgehend unmöglich geworden ist, die Agenda von Präsident Biden voranzutreiben.

2020, und auch 2022, tat ich mein Bestes, dem amerikanischen Volk vor Augen zu führen, dass Trump kein normaler Politiker ist und dass es sich um keine normalen Wahlen handelte. Der Wahlkampf von 2020 war kein »Wettstreit der Ideen«. Es war ein Kampf um die Frage, ob die USA eine Demokratie bleiben würden. Immer und immer wieder habe ich versucht, darauf hinzuweisen, dass Trump nicht nur ein krankhafter Lügner und Despot war, sondern es im Fall einer Niederlage auch unwahrscheinlich war, dass er sich an die Verfassung halten, seine Niederlage eingestehen und aus freien Stücken aus dem Amt scheiden würde. Tragischerweise bewiesen der Sturm aufs Kapitol vom 6. Januar 2021 und spätere Enthüllungen, dass meine Sorgen berechtigt ge-

wesen waren und dass ein großer Teil der Republikanischen Partei in den rechten, antidemokratischen Extremismus abgeglitten ist. Noch deutlicher erkennbar wurde das bei den Midterms 2022, als in Bundesstaaten im ganzen Land für die Republikaner von Trump unterstützte Wahlleugner*innen antraten. Und so wird es auch 2024 sein, wenn Trump erneut versuchen wird, sich die republikanische Kandidatur und die Präsidentschaft zu sichern.

Warum die Leute Trump wählen

Zu den besonders verstörenden Aspekten der Wahl von 2020 gehört, dass Biden zwar gewonnen, Trump aber 10 Millionen Stimmen mehr auf sich vereinigt hat als 2016. Besonders gut hat er in weißen, ländlich geprägten, wirtschaftlich abgehängten Landesteilen abgeschnitten. Warum? Warum haben Menschen aus der Arbeiterschicht, viele von ihnen in finanziellen Schwierigkeiten, Trump gewählt? Warum konnte er in den abgelegensten Orten vor Zehntausenden begeisterter Anhänger*innen Wahlkampfauftritte abhalten?

Manche Expert*innen und Politiker*innen antworten auf diese Fragen, die Trump-Wählerschaft bestehe eben ausschließlich aus Rassist*innen, Sexist*innen und Homophoben; diese Leute seien absolut »erbärmlich«, da sei nichts zu machen. Tut mir leid, aber ich bin anderer Meinung. Und ich weiß, wovon ich rede. Ich war in nahezu jedem Bundesstaat dieses Landes und habe, im Gegensatz zu den Expert*innen, tatsächlich mit Trump-Anhänger*innen gesprochen. Sind manche von ihnen Rassist*innen und Sexist*innen, die für Trumps engstirnige Politik stimmen? Durchaus. Aber für viele gilt das eben nicht.

Der Grund für den großen Zuspruch aus der Arbeiterschicht liegt im Ärger, in der Verzweiflung und in der politischen Entfremdung, die viele Amerikaner*innen der Arbeiterklasse heute empfinden, sowie darin, dass die Demokratische Partei sie zugunsten vermögender Wahlkampfsponder*innen und der Eliten und Besserverdienenden im Stich gelassen hat.

Wir sprechen hier von Amerikaner*innen, die erleben mussten, wie die Reallöhne stagnierten und gute Jobs nach China und Mexiko verlagert wurden, während die Reichen noch reicher wurden. Sie können sich keine Krankenversicherung, keine Kinderbetreuung und keine Studienplätze für ihre Kinder leisten und haben große Angst davor, dass ihre Rente nicht ausreichen wird. Aufgrund von »Verzweiflungskrankheiten«, wie Ärzt*innen es nennen, ist in dieser Bevölkerungsgruppe sogar eine sinkende Lebenserwartung zu beobachten.

Viele dieser Wähler*innen haben sich ihr Leben lang an die Spielregeln gehalten. Sie haben hart, sehr hart gearbeitet und sich nach Kräften für ihre Kinder und die Gemeinschaft eingesetzt, in der sie leben. Als die Pandemie ihren Höhepunkt erreichte, konnten sie nicht zu Hause vom Computer aus ihre Arbeit verrichten. Stattdessen haben sie in Krankenhäusern, Fabriken, Logistikzentren, öffentlichen Verkehrsmitteln, Fleischverarbeitungsbetrieben und Supermärkten ihr Leben aufs Spiel gesetzt. Sie haben die Wirtschaft am Laufen gehalten, und Tausende von ihnen sind in der Folge gestorben.

Viele der angeblich rassistischen Trump-Wähler*innen haben ihre Stimme Barack Obama, unserem ersten Schwarzen Präsidenten, gegeben und damit für »Hoffnung« und »Wandel« und »Yes, we can« gestimmt. Und sie haben ihn

wiedergewählt. Doch für sie änderte sich nichts zum Besseren.

Nach nahezu fünfzig Jahren Lohnstagnation waren die Demokraten an der Macht – aber wir haben die Löhne der Arbeiter*innen nicht angehoben. Trotz vieler illegaler Unternehmenspraktiken haben wir es für Arbeitnehmer*innen nicht einfacher gemacht, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Wir haben die Arbeitsplatzsicherheit nicht verbessert. Wir sind weder gegen die Gier der Konzerne noch gegen die schlimme Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen vorgegangen. Wir haben keine Krankenversicherung für alle eingeführt und die Medikamentenpreise nicht gesenkt. Wir haben nichts für eine erschwingliche Kinderbetreuung und Hochschulbildung getan. Wir sind nicht gegen Obdachlosigkeit und die hohen Wohnkosten vorgegangen. Wir haben die Arbeiterschicht nicht dabei unterstützt, abgesichert und würdevoll in Rente zu gehen. Wir haben keine Reform des korrupten Wahlkampffinanzierungssystems durchgesetzt.

Zig Millionen Amerikaner*innen haben heute eine tief-sitzende Wut auf das politische, wirtschaftliche und mediale Establishment. Wenn sie den Blick nach Washington richten oder sich die großen Medienhäuser anschauen, haben sie das Gefühl, es schlage ihnen nur Ablehnung und Verachtung entgegen. Sie sehen eine Regierung, die ihre Bedürfnisse ignoriert, und Politiker*innen, die gemeinsam mit den Reichen eine Wohltätigkeitsveranstaltung nach der anderen abhalten und keine Ahnung davon haben, womit die große Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung sich tagtäglich herumschlägt.

Das Absurde daran ist, dass Trump – ein Scharlatan, ein tragender Pfeiler des Establishments, ein Milliardär und ein

arbeiterfeindlicher Geschäftsmann – es geschafft hat, dieses politische Vakuum zu füllen und sich diese Wut zunutze zu machen. Donald Trump, der »Anwalt der Arbeiterschaft«. Es ist zum Heulen!

Das gescheiterte Wiederaufbauprogramm

Die Vereidigung Joe Bidens im Januar 2021 eröffnete den Demokraten, dank gleichzeitiger Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat, die Gelegenheit, endlich etwas für die Arbeiterfamilien zu tun. Keinen Augenblick zu früh. In den ersten Monaten des Jahres 2021 sah sich unser Land mit einer nie dagewesenen Gesundheits- und Wirtschaftskrise konfrontiert. Täglich starben Tausende an Covid-19, Millionen Menschen verloren ihren Job und waren von Hunger und Obdachlosigkeit bedroht, die Krankenhäuser litten unter Personalmangel, Schulen mussten schließen.

Es war Zeit, etwas zu tun, Zeit für mutige Maßnahmen. Als neu gewählter Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Senat trieb ich diese Bemühungen voran. Nach intensiver Vorarbeit des Haushaltsausschusses verabschiedete der Senat am 6. März 2021 in einer Abstimmung entlang der Parteigrenzen mit 50 zu 49 Stimmen den 1,9 Billionen Dollar schweren »American Rescue Plan«. Nach einigen Anpassungen passierte er am 10. März das Repräsentantenhaus und wurde am 11. März vom Präsidenten mit dessen Unterschrift in Kraft gesetzt. Es handelte sich um eines der umfang- und folgenreichsten Gesetzespakete der neueren amerikanischen Geschichte. Inmitten einer nie dagewesenen Pandemie, explodierender Arbeitslosigkeit und einer verzweifelten wirtschaftlichen Lage gewährte dieses Gesetz die Hilfe, die in

Arbeiterfamilien und in Institutionen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene so dringend benötigt wurde. Das Gesetzspaket war außerdem enorm populär. Im März 2021 erreichte Präsident Biden mit 59 Prozent den höchsten Zustimmungswert seiner Amtszeit. Die Leute erkannten, dass sie endlich eine Regierung hatten, die sich für sie einsetzte.

Vielen von uns war klar, dass der American Rescue Plan zwar eine extrem wichtige *Notfallmaßnahme* darstellte, aber nicht ausreichte. Da nun im Weißen Haus, im Senat und im Repräsentantenhaus die Demokraten das Sagen hatten, bot sich uns die Chance, die langfristigen strukturellen Probleme der Arbeiterschaft anzugehen. Gemeinsam mit dem Weißen Haus und Abgeordneten des Repräsentantenhauses erarbeiteten wir im Haushaltsausschuss eine Reihe von Vorschlägen, die unter dem Namen »Build Back Better« zusammengefasst wurden. Dieses umfangreiche Gesetzespaket hätte für Arbeiterfamilien mehr gebracht als jedes andere Gesetz der letzten achtzig Jahre. Es hätte grundlegende Veränderungen bewirkt und erfreute sich großer öffentlicher Beliebtheit. Doch tragischerweise kam das Gesetz nie zur Abstimmung. Angesichts der Pattsituation im Senat brauchten wir für eine Verabschiedung die Stimmen aller Demokrat*innen. Aber zwei konservative Demokrat*innen, Joe Manchin aus West Virginia und Kyrsten Sinema aus Arizona – beide wurden hauptsächlich von Großkonzernen finanziert und vertraten deren Interessen – bekämpften unser Vorhaben auf Schritt und Tritt. Wegen ihrer Blockadehaltung zog sich der Prozess monatelang hin. Das Zeitfenster für echten Wandel begann sich zu schließen. Die Leute verloren die Hoffnung. Ein Jahr nach der Verabschiedung des American Rescue Plan erlitt die »Build Back Better«-Vorlage endgültig Schiffbruch, und ein Großteil des politi-

schen Rückhalts, den Präsident Biden und die Demokraten erkämpft hatten, war dahin. Ein Jahr nach Annahme des American Rescue Plan war Bidens Zustimmungswert um 20 Prozent gesunken.

Wirtschaftliche Rechte sind Menschenrechte

Eine der grundsätzlichen und anhaltenden Debatten in der Politik dreht sich um die Frage, welche Rolle der Staat in unserem Leben spielen soll. Und dazu gehört zweifellos das Thema der Menschenrechte. Vereinfacht ausgedrückt: Wenn eine Demokratie in der berühmten Definition von Abraham Lincoln die »Herrschaft des Volkes, durch das Volk, für das Volk« ist – welche *Rechte* stehen den Bürger*innen dann zu? Und wie kann der Staat diese Rechte gewährleisten?

In der langen Geschichte unseres Landes hat sich die Idee der Menschenrechte fundamental weiterentwickelt. Wir haben die Barbarei der Sklaverei erlebt. Die brutale Unterwerfung der indigenen Völker Amerikas. Wir haben eine »Demokratie« erlebt, in der nur vermögende weiße Männer das Wahlrecht besaßen. Frauen wurden jahrhundertlang, rechtlich wie gesellschaftlich, als Bürgerinnen zweiter Klasse betrachtet; selbst die Kontrolle über ihren eigenen Körper wurde ihnen verwehrt. Wir haben Epochen erlebt, die von fanatischem Hass auf Menschen, die in unser Land eingewandert sind, geprägt waren. Lange Zeit war es gleichgeschlechtlichen Paaren per Gesetz verboten, ihre Liebe zueinander offen zu zeigen.

Außerdem erleben wir seit den Gründungstagen dieses Landes eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Rechten. Ja, unsere Verfassung

und die Zusatzartikel garantieren uns Wahlrecht, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit und viele weitere wichtige politische Rechte.

Sie garantieren uns aber nicht das Recht auf eine ordentliche Arbeitsstelle, Gesundheitsfürsorge, Bildung, Nahrung und ein Dach über dem Kopf. Sie gewährleisten nicht das Recht auf das Notwendigste, was Menschen für ein anständiges, abgesichertes Leben brauchen. Franklin D. Roosevelt hat diesen Widerspruch 1944 in einer weitgehend unbeachteten Rede zur Lage der Nation thematisiert: »Diese Republik unternahm ihre ersten Gehversuche, und wuchs zur heutigen Stärke heran, unter dem Schutz bestimmter unveräußerlicher politischer Rechte – darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, eine freie Presse, freie Religionsausübung, ein Schwurgerichtsverfahren und den Schutz vor unbegründeten Durchsuchungen oder Beschlagnahmungen. Das waren unsere Rechte auf Leben und Freiheit«, so der damalige Präsident. »Doch als unsere Nation immer größer wurde und an Statur gewann – mit dem Ausbau der Industrie –, erwiesen sich diese politischen Rechte als unzureichend, um Gleichheit und das freie Streben nach Glück zu garantieren. Heute können wir die Augen nicht mehr davor verschließen, dass es echte individuelle Freiheit ohne wirtschaftliche Absicherung und Unabhängigkeit nicht geben kann.«

Ich wiederhole: *Echte individuelle Freiheit kann es ohne wirtschaftliche Absicherung und Unabhängigkeit nicht geben.*

Roosevelt hatte völlig recht, als er diese Feststellung vor fast achtzig Jahren machte. Und sie ist bis heute gültig. Wirtschaftliche Rechte sind Menschenrechte, und wahre individuelle Freiheit ist ohne diese Rechte nicht möglich.

Es gehört zu den größten Tragödien der amerikanischen

Geschichte, dass wir es nicht geschafft haben, Roosevelts Vision Leben einzuhauchen. Heute leben in diesem »freien« Land 60 Prozent der Menschen von der Hand in den Mund – und die inflationsbereinigten Reallöhne sind seit fünfzig Jahren nicht gestiegen. Ungefähr 85 Millionen Amerikaner*innen sind nicht oder nur ungenügend krankenversichert, und sechzigtausend sterben jedes Jahr, weil sie medizinische Behandlungen, die sie dringend benötigen, nicht erhalten. Im Vergleich der Industrieländer haben wir eine der höchsten Kinderarmutsquoten, wobei People of Color überproportional betroffen sind, und unser Kinderbetreuungssystem ist ein einziges Desaster. Hochschulbildung wird zunehmend unerschwinglich, und bei den schulischen Leistungen hinken wir vielen Ländern hinterher. Millionen von Rentner*innen haben nicht genug Geld, um im Winter ihre Wohnung zu heizen oder notwendige Medikamente zu kaufen.

Und während die Arbeiterfamilien immer weiter ins Hintertreffen geraten, hatten es diejenigen an der Spitze der Einkommenspyramide noch nie so gut. Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen war noch nie so extrem wie heute, da die reichsten drei Milliardäre mehr besitzen als die untere Hälfte der Bevölkerung – 165 Millionen Menschen. Das oberste Prozent verfügt mittlerweile über mehr Vermögen als die unteren 92 Prozent, und die CEOs großer Konzerne verdienen vierhundertmal so viel wie ihre Angestellten.

Darüber hinaus gibt es in diesem unfairen Wettbewerb mehr Eigentumskonzentration und Preisabsprachen als je zuvor. In einer Branche nach der anderen verschaffen sich riesige Konzerne eine marktbeherrschende Stellung. Drei Wall-Street-Unternehmen – BlackRock, Vanguard und State

Street – kontrollieren mehr als 20 Billionen Dollar an Vermögenswerten und halten große Anteile an beinahe jedem Großkonzern des Landes, darunter die wichtigsten Unternehmen in den Bereichen Finanzen, Medien, Transport, Landwirtschaft und Produktion.

Für ein neues Amerika

Doch dieses Buch möchte mehr anbieten als die Kritik der modernen amerikanischen Gesellschaft und des Hyperkapitalismus. Es möchte ein Konzept vorstellen für schrittweise Veränderungen – in Wirtschaft und Politik. Es ruft zu einer politischen Revolution auf, bei der die Arbeiterschaft sich zusammenschließt und für eine Regierung einsetzt, die alle Amerikaner*innen repräsentiert, nicht nur das oberste Prozent. Sie macht sich Roosevelts Überzeugung zu eigen, dass die Regierung allen US-Bürger*innen wirtschaftliche Rechte garantieren muss.

Ja, wir können ein Jobgarantie-Programm auflegen, das den Menschen Arbeit zu einem angemessenen Lohn zusichert, und so die schwersten Nöte in der Gesellschaft beheben. Und wir können Schritte hin zu einer Wirtschaftsdemokratie unternehmen, die Beschäftigten mehr Mitspracherecht einräumt, sodass sie mehr sind als kleine Rädchen im Getriebe.

Ja, wir können Millionen Jobs schaffen, indem wir eine weltweite Führungsrolle beim Kampf gegen die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel einnehmen und unsere Energiesysteme umbauen, weg von fossilen Brennstoffen und hin zu Energieeffizienz und nachhaltiger Energie. Wir können unsere marode Infrastruktur erneuern – Straßen,

Brücken, Eisenbahnen, Schulen, Wasserversorgung und Breitbandnetz – und unser Land dadurch sicherer und effizienter machen.

Ja, wir können unser dysfunktionales Gesundheitssystem durch »Medicare for All« ersetzen, ein staatlich finanziertes System, in dem Gesundheitsfürsorge kein Privileg, sondern ein Menschenrecht ist.

Ja, wir können lebenslanges Lernen ermöglichen und allen Amerikaner*innen jeden Alters kostenlose Bildung zur Verfügung stellen, indem wir die besten Bildungssysteme der Welt aufbauen, von der Kinderbetreuung bis zur Hochschule.

Ja, wir können der grotesken Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ein Ende machen, mithilfe eines progressiven Steuersystems, das Reichen und Großunternehmen endlich einen fairen Beitrag abverlangt.

Ja, wir können die reproduktiven Rechte schützen und sicherstellen, dass Frauen ihre Entscheidungen frei treffen können, die sie für ihr Leben und ihren Lebensunterhalt als richtig erachten.

Ja, wir können alle Formen von Intoleranz beseitigen und auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die den wunderbaren Worten, die wir als Kinder gelernt haben, wirklich Geltung verschafft: *Amerika ist ein Land, in dem »Freiheit und Gerechtigkeit für alle« gilt.*

Ja, wir können eine lebendige, inklusive Demokratie aufbauen, die unser korruptes System der Wahlkampffinanzierung aus der Welt schafft und Menschen aus allen Gesellschaftsschichten die Partizipation am politischen Prozess nicht erschwert, sondern erleichtert.

In seinen letzten Lebensjahren sprach Martin Luther King mit zunehmender Leidenschaftlichkeit darüber, dass der

Kampf für die Bürgerrechte sich zu einem »Klassenkampf« entwickelt habe. In einer Rede vor der Southern Christian Leadership Conference in Atlanta sagte der Friedensnobelpreisträger im Jahr 1967:

Der Kapitalismus vergisst, dass das Leben in einer Gesellschaft stattfindet. Und das Königreich der Brüderlichkeit liegt weder in der These des Kommunismus noch in der Antithese des Kapitalismus, sondern in einer höheren Synthese.

Um zu dieser zu gelangen, so King weiter, »müssen wir uns eines Tages die Frage stellen: ›Warum sind 40 Millionen Amerikaner arm?‹ Und wenn man sich diese Frage stellt, landet man schnell bei Fragen zum Wirtschaftssystem und zur Wohlstandsverteilung. Wenn man sich diese Frage stellt, fängt man an, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu hinterfragen. Ich will damit sagen: Wir müssen endlich anfangen, gesamtgesellschaftliche Fragen zu stellen.«

Darum geht es in diesem Buch.

NOT ME, US

*Die Kampagne von 2020 und der Kampf
für grundlegende Reformen*

Am 8. April 2020, nach vierzehn Monaten Wahlkampf um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, gab ich bekannt, dass wir unsere Kampagne einstellen. Die zentrale Botschaft meiner Erklärung lautete: »Dies ist das Ende eines Wahlkampfs, aber nicht unserer Bewegung.«

Angesichts der sich ausweitenden Coronapandemie und der damit verbundenen Kontaktbeschränkungen, die Präsenzveranstaltungen praktisch unmöglich machten, gab ich die Erklärung via Livestream von meinem Schreibtisch aus ab. Ich war tief bewegt, dass sich über 7 Millionen Menschen zuschalteten. In meinen Ausführungen konzentrierte ich mich weniger auf die praktischen Details einer Kampagne, die am Ende nicht genügend Delegiertenstimmen auf sich vereinigen konnte, als auf unsere historische Leistung.

»Ich kann unmöglich guten Gewissens einen Wahlkampf fortsetzen, der keine Aussichten mehr auf Erfolg hat und der von den wichtigen Aufgaben ablenkt, vor denen wir in dieser schwierigen Stunde stehen«, erklärte ich. »Aber eines möchte ich betonen: Wie Sie alle wissen, war dies von An-

fang an mehr als nur ein Wahlkampf. Wir sind eine generationsübergreifende, multiethnische Basisbewegung, die daran glaubt, dass echte Veränderungen nie von oben, sondern stets von unten kommen.«

Unsere Kampagne war in der neueren amerikanischen Geschichte beispiellos. Auf der Grundlage meiner Kandidatur von 2016, die eine politische Revolution gefordert hatte, bauten wir eine landesweite Arbeiterbewegung auf. Sie setzte sich zum Ziel, die großen Hürden zu überwinden, die dem Fortschritt in der Demokratischen Partei und im US-Politikbetrieb insgesamt im Weg stehen.

Ich trat, wie stets seit meinem ersten Wahlkampf vor mehr als fünfzig Jahren, als demokratischer Sozialist an, der bereit ist, es mit den Oligarchen, den Plutokrat*innen und der Milliardärsklasse aufzunehmen, die unser Wirtschaftssystem zu ihrem Spielball gemacht haben. Doch dieses Mal war alles anders. Meine Ideen wurden zwar von der politischen Elite und in den Medien nach wie vor als »radikal« gebrandmarkt, doch 2020 konnte ich auf Millionen Unterstützer*innen zählen, die für einen grundlegenden Wandel kämpfen wollten. Im Laufe unserer Kampagne haben wir uns mit der Wall Street und den zentralen Akteuren angelegt, die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik unseres Landes kontrollieren. Wir haben es mit der Milliardärsklasse und der Wirtschaftselite mit ihren Medien und Super-PACs aufgenommen. Wir haben dem politischen Establishment in beiden Parteien den Kampf angesagt.

Zum Entsetzen von Expert*innen erzielten wir einen Erfolg nach dem anderen. Wir errangen in den ersten drei Vorwahlen die meisten Stimmen, und obwohl wir die Kampagne beendeten, als zwei Dutzend Vorwahlen noch bevorstanden, sicherten wir uns landesweit fast 10 Millionen

Wählerstimmen. In Kalifornien, dem bevölkerungsreichsten Staat, gewannen wir mit einem Vorsprung von über 450 000 Stimmen. Eine Zeit lang lagen wir an der Spitze der landesweiten Umfragen, nicht nur im Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, sondern auch im direkten Vergleich mit Donald Trump. Und wir bauten eine Bewegung auf, deren treibende Kraft junge Menschen waren, die im Norden New Hampshires durch den Schnee stapften oder sich im Süden von Texas bei über 30 Grad schwitzend von Tür zu Tür zu schleppten, um Wähler*innen zu gewinnen.

Wir haben den ambitioniertesten und erfolgreichsten progressiven Präsidentschaftswahlkampf seit einhundert Jahren auf die Beine gestellt. Unsere Ideen, die noch wenige Jahre zuvor als zu extrem und politisch chancenlos abgetan worden waren, haben Eingang in den Mainstream der Demokratischen Partei gefunden. Erste unserer Unterstützer*innen und Verbündeten sind zu Kongressabgeordneten und Parteivorsitzenden auf Bundesstaatsebene gewählt worden. Wir haben das politische Bewusstsein erweitert und Millionen Amerikaner*innen zu einem neuen Verständnis davon verholfen, was sie legitimerweise von ihrer Regierung erwarten dürfen.

Und langfristig das Wichtigste: Junge Menschen haben sich in nie dagewesener Zahl in den politischen Prozess eingebracht. Es hat sich gezeigt, dass unsere Ideen und unsere Bewegung die Zukunft der Demokratischen Partei darstellen. Während eine Umfrage nach der anderen zu dem Ergebnis kam, dass wir bei älteren Wähler*innen schlechter abschnitten als erhofft, zeigten dieselben Umfragen, dass wir bei den jungen Wähler*innen weit vorne lagen – mit überwältigender Unterstützung von Schwarzen, Latinos,

asiatischen Amerikaner*innen, Indigenen und weißen Wähler*innen unter vierzig. Das Bemerkenswerteste war, dass diese jungen Leute uns nicht nur ihre Stimmen gaben; sie waren das Fundament unserer Graswurzelbewegung. Sie waren es, die Flyer verteilten, Anrufe machten, Textnachrichten verschickten, Kleinspenden einwarben und sich auf unterschiedlichste Weise ehrenamtlich engagierten.

Eine Revolution in der Wahlkampffinanzierung

Unsere Kampagne zog eine neue Wählergeneration an, weil wir die Herangehensweise an einen Präsidentschaftswahlkampf revolutionierten.

Da praktisch alle Wahlkämpfe von Super-PACs und Superreichen finanziert werden, suchten wir neue Wege, um genug Geld für eine landesweite Kampagne aufzutreiben. Wir führten keine einzige Wohltätigkeitsveranstaltung in einer Milliardärsvilla durch. Wir nahmen kein Geld von intransparenten Super-PACs. Unser Wahlkampf wurde von der Arbeiterklasse am Laufen gehalten – von Lehrkräften, Postangestellten, Amazon-Lagerarbeiter*innen, Pflegekräften, Kleinunternehmer*innen, Landwirt*innen und Veteran*innen. Mehr als zwei Millionen von ihnen bedachten uns mit durchschnittlich 18,50 Dollar, sodass wir auf eine Gesamtsumme von 10 Millionen Einzelspenden kamen. Kein Wahlkampf der US-Geschichte hat jemals eine vergleichbare Unterstützung erhalten. Wir haben für die Wahlkampffinanzierung einen völlig neuen Ansatz entwickelt, der auf Großspenden verzichtet und die Kontrolle in die Hände der Bevölkerung legt.

Unsere Kampagne so zu führen, war eine ganz bewusste

Entscheidung. Wenn wir Menschen erreichen wollten, die der Politik aus nachvollziehbaren Gründen nur noch mit Zynismus begegneten, mussten wir die Praktiken beenden, die das Vertrauen von Millionen von Amerikaner*innen in beide großen Parteien zerstört hatten. Wir redeten nicht nur davon, uns »vom Einfluss und vom Geld der Großunternehmen zu befreien« – wenngleich ich das bisher bei jeder Gelegenheit getan hatte –, wir handelten auch entsprechend. Die schlichte Wahrheit lautet – wie ich bei jedem Auftritt wiederholte –, dass kein*e gewählte*r Mandatsträger*in die Arbeiterschaft repräsentieren und die Lobbyist*innen in die Schranken weisen wird, wenn er in der Schuld der Superreichen steht. Man kann nicht Wahlkampfspenden von der Pharmaindustrie annehmen und dann gegen die unverschämte hohen Arzneimittelpreise vorgehen. Man kann sich nicht den Wahlkampf von der Erdöl-, Erdgas- und Kohlelobby bezahlen lassen und anschließend Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen. Man kann nicht Großspenden von CEOs einstecken, die ihr Vermögen mit gewerkschaftsfreien Firmen gemacht haben, und hinterher arbeitnehmerfreundliche Reformen des Arbeitsrechts beschließen. Man kann nicht Wohltätigkeitsveranstaltungen mit Milliardär*innen abhalten und dann bei der Ausarbeitung eines fairen, progressiven Steuersystems mitwirken.

Dieses Land braucht eine grundlegende Reform der Wahlkampffinanzierung. Das verheerende Urteil des Supreme Court, infolge dessen Wahlkampfspenden von Unternehmen praktisch keinerlei Beschränkungen mehr unterliegen, muss gekippt und die staatliche Finanzierung von Wahlen eingeführt werden. Aber damit wir überhaupt an den Punkt gelangen, diese Reformen beschließen zu können, müssen sich die Kandidierenden aus dem Würgegriff

der Superreichen befreien. Und das geht, wie mir vor langer Zeit bewusst geworden ist, nur über das Einwerben von Spenden aus der Arbeiterklasse. Unsere Kampagne erbrachte den Beweis, dass dies sogar bei den Vorwahlen möglich ist.

Am Anfang sagte man uns, unser Ansatz sei nicht praktikabel und werde niemals funktionieren. Ich wusste, dass das nicht stimmte. Also schrieb ich in den sozialen Medien: »Ich habe eine verrückte Idee: Ich möchte, dass Sie alle mithelfen, mit unserer Wahlkampagne ein Level an Unterstützung zu erreichen, das das politische Establishment und die Finanzwelt aufhorchen lassen wird.« Menschen aus dem ganzen Land folgten meinem Aufruf, und Veteran*innen des Politikbetriebs waren in der Tat erstaunt, als unserer Kampagne innerhalb eines einzigen Monats – Februar 2020 – 2,2 Millionen Einzelspenden in einer Gesamthöhe von 45 Millionen Dollar zuflossen. Der *Guardian* schrieb, wir hätten »den Goldstandard für das Einwerben von Kleinspenden gesetzt«.

Ich war ungemein stolz auf unseren Erfolg. Noch stolzer machte mich aber, wie viele Nachahmer*innen unser Graswurzelansatz fand. Eine neue Generation von Kandidat*innen lehnte für ihre Kampagnen, insbesondere für das Repräsentantenhaus, Großspenden konsequent ab und setzte ausschließlich auf Kleinspenden – um sicherzustellen, dass sie sich niemals dem Druck einer Lobby beugen müssen.